



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Libyen – Januar bis Juni 2025

30. Juni 2025

24. März 2025

UNSMIL alarmiert über landesweite Verhaftungswelle

In einer Stellungnahme vom 22.03.25 äußerte sich die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) besorgt über eine Welle von willkürlichen Verhaftungen durch Sicherheitskräfte. Die verschiedenen Sicherheitsakteure würden ihre Befugnisse zur Strafverfolgung nutzen, „um Personen wegen ihrer angeblichen politischen Zugehörigkeit ins Visier zu nehmen, vermeintliche Andersdenkende zum Schweigen zu bringen und die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben.“ Das würde UNSMIL zufolge ein Klima der Angst schaffen und stelle einen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit dar.¹

07. April 2025

Behörden verweisen zehn internationale Hilfsorganisationen des Landes

Am 02.04.25 verkündete Salem Gheith, Sprecher des libyschen Inlandsgeheimdienstes (Internal Security Agency, ISA) der international anerkannten Regierung mit Sitz in der Hauptstadt Tripolis, dass zehn internationale NGOs, die an „feindlichen Aktionen, die die nationale Sicherheit untergraben“, beteiligt seien, des Landes verwiesen würden.

Die Liste umfasst u.a. den Norwegischen Flüchtlingsrat (NRC), Ärzte ohne Grenzen (MSF), Terre des Hommes und die italienische Nichtregierungsorganisation CESVI. Gheith warf der EU vor, die Instabilität im Land auszunutzen und NGOs als „Werkzeug“ zu benutzen, um die Ansiedlung von afrikanischen Migrantinnen und Migranten zu erzwingen. Außerdem beschuldigte er die Hilfsorganisationen der Geldwäsche und der Einmischung in innere Angelegenheiten.

Die Ankündigung erfolgte, nachdem 17 hauptsächlich europäische Botschafter und ein hoher UN-Beamter der ISA in einem Brief vorgeworfen hatten, mit zunehmender Härte gegen NGOs und humanitäre Helfer vorzugehen. Lybische Behörden hätten demnach in den vergangenen Wochen mindestens 18 Mitarbeitende sechs verschiedener Hilfsorganisationen verhört, einigen von ihnen den Pass abgenommen und sie gedrängt, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach sie sich verpflichteten, nie wieder für eine internationale NGO zu arbeiten.²

05. Mai 2025

UN: Politische Spaltung und Wettstreit um wirtschaftliche Ressourcen erschweren Übergangsprozess

Hanna Tetteh, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Libyen und Leiterin der UN-Unterstützungsmission

UNSMIL, berichtete am 17.04.25 im UN-Sicherheitsrat über die Lage im Land. Der anhaltende Wettstreit rivalisierender Kräfte um die Erlöse aus Libyens Ölreichtum stehe demnach im Mittelpunkt der politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes. Sie warnte davor, dass eine Fortsetzung der verschwenderischen Ausgabenpolitik ohne eine Einigung der konkurrierenden Institutionen über den Staatshaushalt zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch führen könne und forderte dringend Gegenmaßnahmen.

Der jüngste Bericht des UN-Expertengremiums zu Libyen, der im Dezember 2024 veröffentlicht wurde, bezeichnete die Lage mehr als ein Jahrzehnt nach dem Sturz des ehemaligen Machthabers Muammar al-Gaddafi als alarmierend. Bewaffnete Gruppen hätten ihren Einfluss auf die Politik demzufolge weiter gefestigt und die ohnehin schwachen staatlichen Institutionen weiter geschwächt, wobei der systematische Schmuggel von Öl ein entscheidender Faktor sei. Zuletzt führte die überraschende Abwertung des libyschen Dinars durch die Zentralbank Anfang April, die höchstwahrscheinlich auf die ausufernden öffentlichen Ausgaben der konkurrierenden Regierungen zurückzuführen ist, zu einem spürbaren Rückgang der Kaufkraft der libyschen Bevölkerung.

Während der Waffenstillstand von 2020 weiterhin besteht, sei die allgemeine Sicherheitslage Tetteh zufolge nach wie vor prekär und von regelmäßig aufflammenden Spannungen und lokalen Gewaltausbrüchen geprägt. Die jüngste Mobilisierung bewaffneter Gruppen in Tripolis hätte die Befürchtungen vor einem erneuten Konfliktausbruch in der Hauptstadt verschärft. Willkürliche Inhaftierungen seien nach wie vor weit verbreitet und träfen unter anderem Personen, die im Justizbereich tätig sind sowie politische Gegner. Viele davon befänden sich weiterhin ohne ordentliches Verfahren in unrechtmäßiger Haft.

Auch die allgemeine Menschenrechtslage sei weiterhin äußerst besorgniserregend, insbesondere bzgl. der Behandlung von Migrantinnen und Migranten sowie humanitären Helferinnen und Helfern. Fremdenfeindliche Äußerungen würden die sozialen Spaltungen weiter verschärfen und die Sicherheit gefährdeter Bevölkerungsgruppen gefährden. Insbesondere Frauen seien Gefahren durch geschlechtsspezifische Gewalt ausgesetzt und hätten kaum Zugang zu Schutzmöglichkeiten.³

12. Mai 2025

Videoaufnahmen des entführten Abgeordneten Ibrahim al-Darsi aufgetaucht

Der Abgeordnete Ibrahim Al-Darsi wurde am 16.05.24 nach der Teilnahme an einer Militärparade der Streitkräfte des Generalkommandos in Bengasi im Stadtzentrum entführt. Laut damaliger Mitteilung der Sicherheitsbehörden in Bengasi habe es sich um einen „kriminellen“ Vorfall gehandelt und der Abgeordnete sei Opfer eines Raubüberfalls geworden.

Ein Jahr nach seinem Verschwinden tauchten jetzt in den sozialen Medien Videos auf, die einen Mann zeigten, der weithin als der vermisste Abgeordnete identifiziert wurde. Die Aufnahmen zeigen ihn fast nackt, auf dem Boden sitzend, mit Eisenfesseln gekettet, in sichtlich angeschlagenem Zustand. Medienberichten zufolge wurde das Filmmaterial in einem geheimen Gefangenenlager in Bengasi aufgenommen, das von der Miliz Tariq Bin Ziyad betrieben wird, die direkt Saddam Haftar unterstellt ist und bereits zuvor wegen außergerichtlicher Tötungen und des Verschwindenlassens politischer Gegner angeklagt wurde. Weitere Videosequenzen zeigen al-Darsi allem Anschein nach dabei, wie er Saddam Haftar anfleht, Gnade zu zeigen, sein Leben zu verschonen und ihn freizulassen.

Medienberichten zufolge sei die Entführung al-Darsis durch libysche Sicherheitskräfte auf seine offene Kritik am sogenannten „Benghazi Reconstruction Project“ zurückzuführen. Er habe einflussreichen Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Familie Haftar, insbesondere Belqasem Haftar, vorgeworfen, Millionen libyscher Dinar unter dem Deckmantel der Wiederaufbauinitiative für private Projekte zu veruntreuen. Al-Darsis Anschuldigungen kamen zu einem heiklen Zeitpunkt, als immer mehr Berichte über die massive Veruntreuung öffentlicher Gelder unter Beteiligung privater Unternehmen mit Verbindungen zur Familie Haftar auftauchten. Nur wenige Tage später sei er verschwunden. Weder das Repräsentantenhaus noch die Staatsanwaltschaft hätten eine Erklärung dazu abgegeben oder Konsequenzen gefordert.

Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) äußerte „tiefe Besorgnis“ über die verbreiteten Aufnahmen und bestätigte, dass diese eindeutig auf Folter und Misshandlung hindeuteten. Die Mission forderte eine sofortige, unparteiische und unabhängige Untersuchung und betonte, dass Verschleppungen, Folter und außergerichtliche Tötungen schwere Verbrechen darstellen, die möglicherweise vor dem Internationalen

Strafgerichtshof verfolgt werden können. Auch die EU-Missionen verurteilten die willkürliche Inhaftierung politischer Gegner durch libysche Autoritäten in einer gemeinsamen Erklärung nachdrücklich und betonten, dass die für das Verschwinden von al-Darsi Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Die libysche NGO Libyan Crimes Watch bestätigt, dass schwere Menschenrechtsverletzungen in libyschen Haftanstalten, insbesondere im von Haftars Kräften kontrollierten Osten des Landes, an der Tagesordnung sind. Einer Meldung von 11.05.2025 zufolge soll erst kürzlich ein Gefangener namens Faisal Awad Abshish infolge medizinischer Vernachlässigung im Militärgefängnis Garnada verstorben sein.⁴

19. Mai 2025

Tod eines einflussreichen Milizenführers, schwere Gefechte in der Hauptstadt Tripolis

Der Milizenführer Abdelghani al-Kikli, auch bekannt unter dem Pseudonym „Gheniwa“, wurde am Abend des 12.05.25 während eines Treffens im Militärlager Tekbali, einer Einrichtung der rivalisierenden 444. Brigade unter der Führung von Mahmoud Hamza, im Südosten von Tripolis getötet. Das Treffen war Medienberichten zufolge einberufen worden, um die zunehmenden Spannungen zwischen den verschiedenen bewaffneten Gruppen in der Hauptstadt zu entschärfen. Es kam jedoch zur Eskalation, als sich die Sicherheitskräfte der rivalisierenden Gruppen außerhalb des Versammlungsortes ein Feuergefecht lieferten.

Al-Kikli war einer der einflussreichsten Milizenführer im Westen Libyens. Seine Macht reichte weit über Tripolis hinaus bis nach Gharyan im Westen und Zliten im Osten, und er galt neben den Anführern der Special Deterrence Force (Rada), der 444. Brigade und der 111. Brigade als einer der vier wichtigsten Milizenkommandeure der Stadt. Seine Miliz Stability Support Apparatus (SSA) untersteht dem Präsidialrat, der 2021 mit der Regierung der Nationalen Einheit (GNU) von Abdul Hamid Dbeibah in einem von der UN anerkannten Prozess an die Macht gekommen war. Die SSA war tief in deren staatlichen Institutionen verankert und hatte Loyalisten in Schlüsselpositionen im Bankwesen, in der Telekommunikation, in der Verwaltungsaufsicht und sogar in hohen diplomatischen Funktionen installiert. In letzter Zeit wurde die SSA jedoch zunehmend in Streitigkeiten mit rivalisierenden bewaffneten Gruppen verwickelt.

Aus mehreren Stadtvierteln von Tripolis, insbesondere aus Abu Salim, ein dicht besiedelter Stadtteil im Süden der Hauptstadt und Hochburg der SSA, wurden daraufhin heftige Gefechte und Explosionen gemeldet. Die GNU teilte am Morgen des 13.05.25 mit, dass ihre Sicherheitskräfte die vollständige Kontrolle über Abu Salim übernommen hätten und man gegen bewaffnete Gruppen vorgehen werde. Das Innenministerium forderte die Einwohner der Hauptstadt auf, zu Hause zu bleiben und Bewegungen zu vermeiden, und warnte vor weiterer Instabilität, während das Bildungsministerium den Unterricht in ganz Tripolis aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage aussetzte. Auch der internationale Flughafen Mitiga musste den Betrieb bis auf weiteres einstellen.

Insgesamt seien bei den Zusammenstößen in der Nacht des 12.05.25 nach Angaben des Notfallmedizinischen Zentrums sechs Menschen getötet worden, wobei unklar blieb, ob es sich um Angehörige der Sicherheitskräfte oder Zivilpersonen handelte. Nachdem es tagsüber dann zunächst ruhig blieb, kam es in der Nacht zum 14.05.25 noch einmal zu Kämpfen zwischen der Dbeibah-nahen 444. Brigade und der Rada, der letzten großen bewaffneten Gruppierung in Tripolis, die derzeit nicht zum GNU-Lager um Dbeibah gehört. Am Nachmittag des 14.05.25 verkündete die GNU schließlich eine Waffenruhe. Von den Behörden gab es zunächst keine Angaben zur Zahl der Verletzten und Todesopfer, die UN-Stabilisierungsmission UNSMIL sprach am 15.05.25 dagegen von mindestens acht getöteten Zivilpersonen.

Der Tod al-Kiklis und die Eroberung des SSA-Gebiets durch die mit Dbeibah verbündeten 444. und 111. Brigaden haben Analysen zufolge Dbeibahs Stellung gefestigt, da er sich damit eines mächtigen Rivalen entledigt habe. Die Konsolidierung der Macht Dbeibahs im Westen Libyens folge somit dem Muster des Ostens, wo Kommandant Khalifa Haftar vor einem Jahrzehnt die Kontrolle übernommen hat, indem er seine Rivalen ausschaltete und andere bewaffnete Gruppen unter seine Herrschaft zwang. Die wichtigste verbleibende bewaffnete Gruppierung in Tripolis, die nicht als eng mit Dbeibah verbunden gilt, ist die auch als Rada bekannte Security Deterrence Force

unter der Führung von Abdul Raouf Kara. Sie kontrolliert weiterhin den wichtigsten Flughafen Mitiga und andere Teile des Stadtzentrums.⁵

Demonstrierende fordern Rücktritt Dbeibahs, Tod eines Polizisten

Am 16.05.25, nachdem sich die Lage in der Hauptstadt nach den Kämpfen der vergangenen Tage wieder beruhigt hatte, versammelten sich hunderte Demonstrierende auf dem Märtyrerplatz und vor dem Büro des Premierministers und forderten den Rücktritt von Premierminister Dbeibah und seiner GNU-Regierung sowie die Vorbereitung neuer Wahlen. Wirtschafts- und Handelsminister Mohamed al-Hawij, Kommunalminister Badr Eddin al-Tumi und Wohnungsbauminister Abu Bakr al-Ghawi traten aus Solidarität mit den Demonstrierenden zurück, wie von zwei der Minister veröffentlichte Videos und lokale Medienberichte bestätigten. Die Regierung hatte Berichte über den Rücktritt der Minister zuvor noch dementiert.

Die Regierung teilte am späten Abend über die staatliche Medienplattform mit, dass ein Polizist im Zuge der Proteste getötet worden sei, als eine nichtidentifizierte Gruppe bewaffneter Personen versucht habe, in das Büro des Premierministers einzudringen.⁶

26. Mai 2025

Dutzende Leichen in Krankenhäusern im Gebiet der SSA-Miliz aufgetaucht

Nachdem mit Premierminister Dbeibah (Regierung der Nationalen Einheit, GNU) verbündete Milizen im Zuge der Kämpfe in Tripolis vergangene Woche die Kontrolle über das Territorium des getöteten Milizenführers Abdelghani „Gheniwa“ al-Kikli und seiner Stability Support Apparatus (SSA) übernommen hatten (vgl. BN v. 19.05.25), gaben Behörden am 17.05.25 bekannt, dass neun unidentifizierte Leichen in einem Leichenkühlraum des Al-Khadra-Krankenhauses im Stadtteil Abu Salim gefunden worden seien. Am 19.05.25 verkündete das Innenministerium, mindestens 58 weitere unidentifizierte Leichen im Leichenkühlraum des Abu Salim Accidents Hospital entdeckt zu haben. Im Zuge des Statements wurden auch Fotos von einigen der Leichen veröffentlicht, die stark verwest oder verbrannt waren. Es seien seitens der Behörden Untersuchungen zur Identifizierung der Leichen eingeleitet worden.

Menschenrechtsorganisationen warfen der SSA und ihrem getöteten Anführer al-Kikli Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen vor, darunter Folter, willkürliche Inhaftierungen und außergerichtliche Tötungen.⁷

Erneute Demonstrationen im Westen Libyens

Tausende Libyerinnen und Libyer versammelten sich am 23.05.25 erneut zu Massenkundgebungen in der Hauptstadt Tripolis sowie in Misrata, Sabratha und anderen Gebieten im Westen Libyens und forderten den Rücktritt der GNU-Regierung, der Parallelregierung im Osten, sämtlicher sonstigen politischen Gremien und die Auflösung der bewaffneten Milizen im Land. Den Berichten zufolge brachten die Demonstrierenden ihre Ablehnung der Legitimität der derzeitigen politischen Strukturen zum Ausdruck und forderten ein Ende der Übergangsphase und die Abhaltung von Wahlen. Im Gegensatz zu den Protesten der vorigen Woche (vgl. BN v. 19.05.25) gab es diesmal weder Berichte über Gewalt seitens der Demonstrierenden noch seitens der Sicherheitskräfte. Der Vorsitzende des Präsidialrats, Mohamed Menfi, begrüßte die friedlichen Demonstrationen und rief alle Libyerinnen und Libyer dazu auf, diese landesweit fortzusetzen, um einen modernen Staat aufzubauen, der die Hoffnungen aller widerspiegeln.⁸

02. Juni 2025

Proteste gegen die Regierung der Nationalen Einheit und Premierminister Dbeibah halten an

Hunderte Demonstrierende versammelten sich am 30.05.25 in der dritten Woche in Folge freitags im Zentrum von Tripolis und forderten aufgrund der jüngsten Zusammenstöße zwischen verfeindeten Milizen den Rücktritt des Premierministers der Regierung der Nationalen Einheit (GNU) Abdulhamid Dbeibah (vgl. BN v. 19.05. u. 26.05.25). Zudem blockierten sie Berichten zufolge wichtige Straßen und Kreuzungen, zündeten Autoreifen an, und prangerten die sich verschlechternden Wirtschafts- und Lebensbedingungen an. Es seien Sicherheitskräfte

eingesetzt worden, um die Menschenmenge daran zu hindern, zum Amtssitz des Premierministers vorzudringen. Mehrere Menschenrechtsorganisationen und Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft verurteilten die Fälle von Vandalismus während der Proteste und warnten, dass dadurch die Legitimität der Bewegung untergraben werde. Die „Sooq al-Jumaa-Bewegung“, eine wichtige Gruppe hinter der anhaltenden Mobilisierung, bestritt jegliche Beteiligung an Sabotageakten und bekräftigte ihre Unterstützung für friedliche Proteste.⁹

16. Juni 2025

HRW: Neuer Bericht prangert Dysfunktionalität des Justizsystems an

In einem am 02.06.25 veröffentlichten Bericht zur libyschen Justiz ist HRW zu dem Ergebnis gekommen, dass der fragmentierte Justizsektor grundlegende Freiheiten unterdrücke und die Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen unterdrücke.

Der 39-seitige Bericht „Injustice By Design: Need for Comprehensive Justice Reform in Libya“ dokumentiert u.a. veraltete und repressive Gesetze, fehlende Rechte auf faire Gerichtsverfahren, weit verbreitete Verstöße gegen ordnungsgemäße Verfahren, unsichere Bedingungen für Justizpersonal, missbräuchliche Militärprozesse gegen Zivilpersonen und unmenschliche Haftbedingungen.¹⁰

Blockade eines Gaza-Konvois durch ostlibysche Sicherheitskräfte

Sicherheitskräfte und Milizen der östlichen Regierung unter Khalifa Haftar haben am späten Abend des 12.06.25 einen Konvoi mit 150 Fahrzeugen und etwa 1.700 Aktivistinnen und Aktivisten aus Algerien, Marokko, Mauretanien und Tunesien, der am 09.06.25 von Tunis aus aufgebrochen war, an der Ostzufahrt von Sirte, etwa 450 Kilometer von Tripolis entfernt, gestoppt.

Lokale Sicherheitsbeamte teilten den Organisatorinnen und Organisatoren des Konvois, der Joint Action Coordination for Palestine, Medienberichten zufolge mit, dass sie vor der Weiterfahrt die formelle Genehmigung der Behörden in Bengasi abwarten müssten. Zudem sei das Internet in dem Gebiet vorübergehend gesperrt worden. Angesichts der unerwarteten Blockade beschlossen die Organisatorinnen und Organisatoren des Konvois, zunächst am Ortsrand von Sirte zu campieren und die Genehmigung der ostlibyschen Behörden abzuwarten. Nachdem sie bis zum 15.06.25 keine Genehmigung für die Weiterfahrt erhalten hatten, entschieden sie sich zur Umkehr, zunächst nach Misrata. Sie verurteilten auch die Festnahme mehrerer Teilnehmender des Konvois, darunter mindestens drei Blogger, die seit der Abfahrt aus Tunesien über die Reise berichtet hatten.

In einer Erklärung forderte das Joint Action Coordination Committee for Palestine die sofortige Freilassung von 13 Teilnehmenden, die noch immer von den Behörden im Osten Libyens festgehalten würden.¹¹

23. Juni 2025

Mindestens 60 Vermisste nach zwei Schiffbrüchen vor der libyschen Küste

Medien berichten unter Verweis auf eine entsprechende Meldung der IOM vom 17.06.25, dass nach zwei Schiffbrüchen vor der Küste Libyens in den letzten Tagen mindestens 60 Personen vermisst werden. Die Opfer, darunter auch Frauen und Kinder, stammen u.a. aus Eritrea, Pakistan, Ägypten und Sudan.

Laut IOM wurden am 12.06.25 nach einem Schiffbruch in der Nähe des Hafens von Alshab 21 Menschen als vermisst gemeldet, während nur fünf Überlebende gefunden wurden. Der zweite Vorfall ereignete sich am 13.06.25 etwa 35 Kilometer westlich von Tobruk. Nach Angaben des einzigen Überlebenden, der von Fischern gerettet worden sei, kamen dabei 39 Menschen ums Leben. In den folgenden Tagen wurden drei Leichen an Land gespült: zwei am 14.06.25 am Strand von Umm Aqiqih und eine weitere am 15.06.25 am Strand von Elramla in der Innenstadt von Tobruk. Die Identifizierung der Leichen dauere noch an.

Bislang seien im Jahr 2025 mindestens 743 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, ums Leben gekommen, davon allein 538 auf der zentralen Mittelmeerroute. Diese Route ist nach wie vor

die tödlichste bekannte Migrationsroute der Welt, geprägt von immer gefährlicheren Schleuserpraktiken, begrenzten Rettungskapazitäten und zunehmenden Einschränkungen für humanitäre Einsätze.¹²

Sieben inhaftierte Mitglieder des Gaza-Hilfskonvois nach Verhandlungen freigelassen

Der sog. „Sumud“-Konvoi, der als Teil des Global March to Gaza versucht hatte, von Tunesien aus über den Landweg zur ägyptischen Grenze zum Gazastreifen zu gelangen, gab nach tagelangen Verhandlungen und Gesprächen mit verschiedenen Parteien die Freilassung von sieben seiner Mitglieder bekannt, die von den Truppen von Khalifa Haftar bei Sirte festgenommen worden waren (vgl. BN v. 16.06.25). Organisatorinnen und Organisatoren sowie Teilnehmende des Konvois berichteten von einer „systematischen Belagerung“, bei der die Lieferung von Lebensmitteln, Wasser und die medizinische Versorgung der rund 1.500 Teilnehmenden verhindert sowie der Zugang zum Internet abgeschnitten wurde, sowie von Übergriffen durch die ostlibyschen Sicherheitskräfte.¹³

30. Juni 2025

Griechenland will Marineschiffe vor libyschen Hoheitsgewässern stationieren

Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis erklärte am 23.06.25, dass Griechenland zwei Fregatten und ein weiteres Schiff vor den libyschen Hoheitsgewässern stationieren wird, um Migrantinnen und Migranten davon abzuhalten, die südlichen Inseln Kreta und Gavdos zu erreichen. Der Schritt würde in Abstimmung mit den libyschen Behörden und den übrigen in der Region operierenden europäischen Streitkräften erfolgen.

Am 26.06.25 erklärte Mitsotakis, die Behörden in Libyen sollten mit Griechenland zusammenarbeiten, um die Betroffenen an der Abfahrt zu hindern oder sie zurückzuschicken, bevor sie die libyschen Hoheitsgewässer verlassen. Er fügte hinzu, dass der EU-Migrationskommissar und die jeweiligen Minister der Regierungen Italiens, Griechenlands und Maltas Anfang Juli nach Libyen reisen würden, um das Thema zu besprechen.

In den letzten Monaten ist die Zahl der Migrantinnen und Migranten, die von den Küsten im Nordosten Libyens aus versuchten, über das Meer nach Europa zu gelangen, stark angestiegen. Den griechischen Behörden zufolge hätten alleine vom 19.06. bis zum 23.06.25 mehr als 800 Personen versucht, die südlichen Inseln Kreta und Gavdos zu erreichen. Schleuser, die lange die Westküste Libyens als Hauptabfahrtsort in Richtung Italien und Malta nutzten, scheinen als Reaktion auf die strengere Überwachung der traditionellen Routen durch Europa zunehmend in den Osten auszuweichen, der politisch zersplittert ist und dessen Küsten bisher weniger überwacht werden.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang hat der Rat der Europäischen Union am 26.06.25 beschlossen, das Mandat der Europäischen Mission zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen (EUBAM Libya) um weitere zwei Jahre bis zum 30.06.27 zu verlängern und für diesen Zeitraum Mittel in Höhe von fast 52 Mio. EUR bereitzustellen. Die Mission trägt der Pressemitteilung zufolge dazu bei, grenzüberschreitende Kriminalität, inklusive Menschenhandel und das Schleusen von Migrantinnen und Migranten, sowie Terrorismus zu bekämpfen, wobei die uneingeschränkte Achtung internationaler Menschenrechtsstandards sichergestellt werde.¹⁴

Demonstrationen vor UN-Quartier in Tripolis, Politiker fordern UNSMIL zum Verlassen des Landes auf

Am 24.06.25 kam es Medienberichten zufolge vor dem UN-Gelände in Tripolis zu Protesten, bei denen die Demonstrierenden ein Ende der Übergangsphase und die Abhaltung nationaler Wahlen forderten. Die Proteste seien eskaliert, als eine Gruppe eines der Außentore des Hauptquartiers der Mission durchbrochen habe.

Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) kritisierte in einer Stellungnahme vom 27.06.25 Aussagen, die angeblich von einigen libyschen Politikern getätigt wurden und die Bevölkerung dazu ermutigt haben sollen, gewaltsam gegen UN-Personal und UN-Eigentum vorzugehen.

Osama Hammad, der Chef der Parallelregierung im Osten Libyens, forderte zuvor den sofortigen Abzug der Unterstützungsmission und warf ihr Voreingenommenheit, Einmischung in innere Angelegenheiten und Untergrabung der Souveränität des Landes vor. Insbesondere kritisierte er die Überprüfung des Budgets des

Wiederaufbaufonds, der von einem Sohn von Feldmarschall Khalifa Haftar geleitet wird, durch den UN-Sicherheitsrat.¹⁵

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes

BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 UNSMIL, UNSMIL Alarmed by Wave of Arbitrary Arrests Across Libya, last update 22.03.2025.
 - 2 The New Arab, Libya bans international NGOs for 'hostile' support for migrants, last update 02.04.2025; The Arab Weekly, Libya bans foreign NGOs accused of seeking to 'settle migrants' in the country, last update 03.04.2025; BBC, Libya expels aid groups accused of 'African' population plot, last update 04.04.2025; Berliner Zeitung, „Feindseliger Migranten-Plan“: Libyen weist zehn NGOs aus – darunter Ärzte ohne Grenzen, last update 04.04.2025.
 - 3 UN, Libya's fragile transition plagued by deepening economic and political divides, last update 17.04.2025; Middle East Monitor, Political will 'crucial' to develop consensual roadmap in Libya: UN, last update 17.04.2025; UN, UNSMIL urges parties to set aside blame and agree on urgent measures to stabilize Libya's economy, last update 09.04.2025; The New Arab, Libyans struggles with fresh currency devaluation amid political crisis, last update 18.04.2025; GIS, Libya is caught in an ever-deepening vicious circle, last update 24.03.2025.
 - 4 Focus on Africa, Libya, violence and repression. The case of Ibrahim Al-Darsi, last update 10.05.2025; The Libya Observer, NIHRL condemns torture of abducted MP Al-Darsi, urges international probe, last update 06.05.2025; The Libya Observer, EU on Al-Dressi's video: Investigation and arresting perpetrators to justice are vital, last update 08.05.2025; The Libya Observer, Detainee at Garnada prison in east Libya dies of medical negligence, last update 11.05.2025.
 - 5 Middle East Eye, Deadly clashes rock Libya's capital after militia leader killed, last update 13.05.2025; The New Arab, Killing of Libya militia leader sparks violent clashes in Tripoli, last update 13.05.2025; Al-Jazeera, Heavy gunfire, clashes in Libya's Tripoli after killing of militia leader, 12.05.2025; Reuters, Libya fighting eases after announcement of truce, last update 14.05.2025; The Arab Weekly, Dbeibah consolidates power after killing of militia leader in new episode of strife, last update 14.05.2025; Middle East Monitor, Clashes in Tripoli: Causes, key players, and potential repercussions, last update 15.05.2025; France 24, Libya's Tripoli back to calm after bout of deadly violence, last update 16.05.2025.
 - 6 Reuters, Libyan protesters demand prime minister quit as three ministers resign, last update 17.05.2025; Al Jazeera, Libyan ministers resign as protesters call for government to step down, last update 17.05.2025; The Libya Observer, Protests against Dbeibah government amid resignations by some Ministers, last update 17.05.2025; The Libya Observer, Police officer killed during anti-government protests in Tripoli, last update 17.05.2025.
 - 7 Reuters, At least 58 corpses found in Libyan hospital, ministry says, last update 20.05.2025; Middle East Monitor, Libya: Dozens of unidentified bodies found in Tripoli, last update 20.05.2025; Amnesty International, Libya: Hold Stability Support Authority militia leaders to account, last update 04.03.2022.
 - 8 The Arab Weekly, Pressure builds up on Dbeibah as protests rage on across Libya, last update 25.05.2025; The Libya Observer, Protests in Tripoli and other cities call for the ouster of all political bodies, last update 24.05.2025; Libyan Express, Al-Menfi commends peaceful Tripoli demonstrations, last update 24.05.2025.
 - 9 The New Arab, Libya protesters call on PM to quit in third weekly march, last update 31.05.2025; Asharq Al-Awsat, Protests Demanding Dbeibeh's Resignation Tighten Pressure on Libya's Unity Government, last update 02.06.2025.
 - 10 Human Rights Watch, Libya: Barriers to Justice, last update 02.06.2025.
 - 11 Zeit Online, Ägypten und Libyen stoppen Aktivisten auf dem Weg zur Gaza-Grenze, last update 13.06.2025; The New Arab, Haftar forces stall Gaza Somoud convoy in Libya amid pressure from Egypt and Israel, last update 13.06.2025; Middle East Monitor, Eastern Libyan authorities stop Gaza-bound aid convoy at entrance to Sirte, last update 13.06.2025; The New Arab, Gaza aid convoy retreats to Libya's Misrata after Haftar forces block passage, last update 16.06.2025.
 - 12 Reuters, At least 60 people feared missing in two deadly shipwrecks off Libya, IOM says, last update 17.06.2025; IOM, IOM Reports 60 Migrants Missing in Two Deadly Shipwrecks off Libya, last update 17.06.2025.
 - 13 The Libya Observer, Sumoud Convoy says 7 detained activists are released, hoping for return of the rest, last update 17.06.2025; Middle East Eye, North African convoy for Gaza reports mistreatment in eastern Libya by Haftar forces, last update 17.06.2025.
 - 14 Reuters, Greece to deploy frigates off Libya to curb increased migrant flows, PM says, last update 23.06.2025; Reuters, Greece seeks cooperation with Libya to stop migration, PM says, last update 26.06.2025; The Arab Weekly, Smugglers open new migration route from eastern Libya to Greece, last update 24.06.2025; Rat der Europäischen Union, EUBAM Libya: Council extends mandate for two further years, last update 26.06.2025.
 - 15 Libyan Express, UN voices concern over protest at its Tripoli headquarters, last update 27.06.2025; UNSMIL, Statement on recent demonstrations, incendiary rhetoric and rumors against UNSMIL, last update 27.06.2025; APA News, Eastern Libyan government demands UNSMIL withdrawal, citing interference, last update 27.06.2025.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1379

Stand

06/2025

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de